

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1880

92 (24.4.1880)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße 18 in Karlsruhe.

№ 92.

Erscheint täglich (Montag ausgenommen).
Preis vierteljährlich 2 Mark 60 Pfennige,
wogu auswärts noch der Postzuschlag kommt.

Samstag, 24. April.

Insertionsgebühr die gespaltene Zeile oder
deren Raum 12 Pfg., Reclamen 25 Pfg., bei
öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt.

1880.

Statistische Erhebungen im Großherzogthum Baden.

Infolge Anordnung des großh. Ministeriums des Innern wurden veröffentlicht: Statistische Erhebungen zu den amtlichen Jahresberichten über die Ergebnisse der innern Verwaltung im Großherzogthum Baden für das Jahr 1878 (erste Abtheilung des statistischen Jahrbuchs) mit erläuternden Vorberichten der großh. Landescommissäre. Wir entnehmen diesem hochinteressanten Werke Folgendes:

Uebersicht der Bevölkerung des Großherzogthums (nach der Volkszählung von 1875): Fläche 15,084 Quadrat-Kilometer. Zahl der bewohnten und unbewohnten Gebäude 211,384. Zahl der Haushaltungen 309,070. Anwesende Personen: 734,757 männliche, 772,422 weibliche, zusammen 1,507,179. Darunter aktive Militärpersonen 16,081. Nach der Staatsangehörigkeit vertheilt sich die Personen: 1,430,049 Badener, 64,047 sonstige Reichsangehörige, 13,083 Reichsausländer. Nach der Religion: 958,916 Katholiken, 517,861 Evangelische, 330 der ev. Bräderkirche Angehörige, 230 griechische Katholiken, 164 Reformirte, 103 Anglikaner und Presbyterianer, 26,492 Israeliten, 68 Sonstige. Nach dem Alter: unter 14 Jahren alt 242,777 männlich, 246,120 weiblich; 14 Jahre alt und darüber 214,698 männlich, 217,767 weiblich. Verheirathet 249,389 männlich, 249,010 weiblich. Verwitwete und Geschiedene 27,893 männlich, 59,525 weiblich.

Geschlechtsverhältnisse im Jahre 1878: 10,861 gegen 11,400 im Jahr 1877. Die Abnahme beträgt in den Kreisen: Konstanz 84, Willingen 60, Waldshut 16, Freiburg 57, Offenburg 40, Baden und Karlsruhe 88, Mannheim 65, Heidelberg 70 und Mosbach 68. Im Kreise Lörrach haben die Geschlechtsverhältnisse um 9 zugenommen. Dem großh. Landescommissär für die Kreise Konstanz, Willingen und Waldshut scheint der abermalige Rückgang daraus hervorzugehen, „daß die Neigung der Bevölkerung zur Eheabschließung weniger von der sie begünstigenden Gesetzgebung als vielmehr von den wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflusst wird.“ Der großh. Landescommissär für die Kreise Lörrach, Freiburg und Offenburg sagt: „Im Allgemeinen darf doch wohl angenommen werden, daß die Einseitigkeit der Beheiligten selbst dem ha und dort zu Tage getretenen Mißbrauche der Freiheit in Abschließung des Ehebundes eine Grenze zieht und darum ist es auch erklärlich, wenn, wie das Bezirksamt Staufen anführt, Mancher, der mit Familie in Noth und Glend gerieth, erklärt: „Leute, wie wir sind, hätte man nicht heirathen lassen sollen.“ Der großh. Landescommissär für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach führt die Erscheinung des Rückgangs der Eheabschließungen „auf die immer noch fortdauernde ungünstige wirtschaftliche Lage“ zurück. „An leichtsinnigen Eheabschlüssen“ — so sagt der Landescommissär — „scheint es indes auch nicht gefehlt zu haben und wird von dem Amt Sinsheim berichtet, daß Heirathen vorgekommen seien, bei welchen die Brautleute nicht einmal die nötige Zimmereinrichtung besaßen, ja sogar die Kleider für den Trauungsakt entleihen mußten.“ Das Bezirksamt Mannheim berichtet: „Der Leichtsinne, welcher in den niederen Schichten der städtischen Bevölkerung bezüglich der Eingehung der Ehen herrscht, ist ganz ungläublich. Es sind uns einzelne Fälle aus dem letzten Jahre bekannt, in welchen die Ehegatten beim Eheabschlusse weder eine Wohnung aufzuweisen hatten, noch Fahrnisse oder Geld besaßen. Mit der gleichen Leichtfertigkeit, mit welcher Ehen geschlossen zu werden pflegen, werden sie dann auch wieder aufgelöst. Sehr häufig laufen die jungen Eheleute schon nach einigen Wochen wieder auseinander.“

Geboren wurden im Jahre 1878: 60,576 (1877: 61,957), darunter lebend geboren 29,905 männlich (1877: 30,591), 28,721 weiblich (1877: 29,358); todtgeboren 1103 männlich (1877: 1118), 847 weiblich (1877: 890); ehelich geboren 56,158 (1877: 56,402) unehelich 4418 (1877: 4555).

Gestorben (ohne Todtgeborene): im Jahre 1878 40,294; darunter 20,636 männlich, 19,658 weiblich. Im ersten Lebensjahr sind gestorben 7837 männlich, 6426 weiblich. Mehr geboren als gestorben 18,332.

Im Jahre 1877 wurden 18,092 mehr geboren als starben.

Ein- und Auswanderung im Jahre 1878: Entlassen wurden aus der Staatsangehörigkeit 426 Selbstständige und 334 Angehörige, zusammen 760 Personen. Von denselben gingen 356 Personen nach Nordamerika. Das von sämmtlichen Ausgewanderten ausgeführte eigene Baarvermögen wird auf Mf. 428,001 berechnet. Unterstützungen aus Staats- und Gemeindegeldern wurden zusammen Mf. 1584 gewährt; die Zahl der betreffenden Urkunden ist 4, davon kommen auf Baden-Karlsruhe (Durlach) 2. Aufgenommen in den Staatsverband wurden 115 Selbstständige und 117 Angehörige, zusammen 232 Personen. Das von denselben eingeführte Vermögen wird auf Mf. 360,546 berechnet.

Im Umfange von Liegenschaften in Einzel- und Klumpenverkäufen hat sich im Jahr 1878 in den oberen Landestheilen ein Rückgang gegenüber der früheren übermäßigen Speculations- und Kauflust um unverhältnismäßig hohe Preise geltend gemacht. Die verkauften Fläche beträgt in Hektaren: Garten 326, Wiese 3547, Rebland 503, Wald 3160, Sonstige 1654. Im Ganzen 21,642 Hektare. Im Jahre 1877 hatte der Umsatz 22,908 Hektare betragen. Bezüglich des Rückganges im Umsatz sagt der Bericht des großherzoglichen Landescommissärs für die Kreise Konstanz, Willingen und Waldshut, „der Rückgang läme noch deutlicher als in den betreffenden Zahlen zum Ausdruck, wenn nicht die vielen Zwangsversteigerungen diese Zahlen auf der früheren Höhe erhalten hätten.“ In den Kreisen Lörrach, Freiburg und Offenburg ist an dem Rückgang der Liegenschaftskäufe insbesondere der Waldbesitz betheiligt. In dem Berichte des großherzoglichen Landescommissärs für diese Kreise heißt es: „Ohne Zweifel tragen die Bemühungen der großherzoglichen Staatsregierung, den verderblichen Raubhieben und der zu einer wahren Kalamität für den Schwarzwald sich gestaltenden Zerstückung und Zersplitterung der Hofgüter entgegen zu wirken, die Schuld an der sehr beträchtlichen Abnahme der Klumpenverkäufe, welche 1877 4,069 Hektar, 1878 dagegen nur noch 2,974 Hektar Gelände umfaßten.“ Im Bezirke Achern (Ottenhöfen, Waldbulm) wurden 114 Hektare Wald verkauft, im Bezirke Rastatt (Forbach) 81; letztere wurden nebst zwei murgschifferschaftlichen Rechten mit 580,000 Mark bezahlt. Im Bezirke des großherzoglichen Landescommissärs für die Kreise Baden und Karlsruhe ist eine Bemerkung des Bezirksamtes Rastatt aufgenommen; dieselbe lautet: „Bedenklich war in einzelnen Gemeinden anlässlich der Zwangsversteigerungen die Manipulation der Gläubiger, vorzugsweise Israeliten, die ausgebotenen Güter in Klumpen an sich zu bringen und dann wieder in sehr gewinnbringender Weise parzellenweise an den Mann zu bringen und sahen wir uns deshalb veranlaßt, die Gemeindebehörden, z. B. Oberweiler, zu ermächtigen, aus Grundstockmitteln solche Güter zu erwerben und wieder an die Betheiligten unter billigen Zahlungsbedingungen abzugeben und zu diesem Zwecke eine besondere „Vollstreckungskasse“ zu errichten. Schon der Versuch übte seine gute Wirkung, indem dadurch die Wucherer verschüchert und in Schranken gehalten, die Landwirthe aber wieder unter günstigen Bedingungen in den Besitz von Gütern gesetzt wurden.“ Der Gesamtverlust der 1878 veräußerten, oben angegebenen Fläche beträgt 36,341,779 Mark. Die Berichte der vier großherzoglichen Landescommissäre stimmen darin überein, daß ein Rückgang des Preises des landwirtschaftlichen Geländes eingetreten ist. Das Gleiche gilt von den Pächtpreisen.

Tagesbericht.

* Karlsruhe, 23. April.

Deutsches Reich. Wie neuerdings officiös verlautet, gebent Se. Maj. der Kaiser am 24. April sich nach Wiesbaden zu begeben und dort bis 9. Mai zu verweilen. Gekern besuchten die Majestäten die Fischereiausstellung. — Mit wahrhaft heroischer Opferung und verzweifelten Mitteln arbeitet die governementale Presse, um für die Samoa-Vorlage, die gegenwärtig im Reichstag zur Verathung steht, Stimmung zu machen. Nachdem die „Nordb. Allg.

ztg.“ wohl ein Duzend Leitartikel und eine große Anzahl von Correspondenzen von den verschiedensten Punkten der Erdoberfläche über die Frage gebracht hat, wartet sie in der neuesten Nummer ihren Lesern mit einem Briefe des Afrikareisenden Gerhard Hofls auf, der hauptsächlich den Umstand urgirt, „daß im Fall der Ablehnung der Vorlage sich besonders England, Frankreich und Amerika freuen würden, denn diese würden den Nutzen einheimen.“ Der bei dem Südsee-Unternehmen in Aussicht gestellte Nutzen wäre ja ganz schön für Deutschland und läme gewiß sehr gelegen, aber der heikle Punkt dabei ist, daß ihn die Steuerzahler doppelt bezahlen müssen. Die Centrumsfraction wird die Samoa-Vorlage ablehnen. — Die bereits gestern von uns erwähnte Wehrkern-Vorlage fordert für eine 12jährige Dienstpflicht 48 Mf. d. h. für jedes Jahr 4 Mf. Außerdem sollen die zur Wehrpflicht nicht herangezogenen Personen von 3000 Mf. Einkommen ab und darüber je nach der Höhe des Einkommens zu einer Extrasteuer herangezogen werden. Es wird also eine neue Einnahmesteuer geplant. — Gerüchtweise verlautet, der Generalpostmeister Stephan habe Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten. — Die socialdemokratischen Abgeordneten gedenken zur dritten Verathung des Socialistengesetzes ihre Anträge auf Aufhebung der wichtigsten Paragraphen des Socialistengesetzes von Neuem einzubringen. — Das siebente Verzeichniß der dem Reichstage zugegangenen Petitionen enthält abermals 60 Petitionen, worin gebeten wird, keinen Ausfuhrzoll auf Lumpen zuzulassen, während eine Petition Wiederherstellung des Ausfuhrzolles verlangt. 40 Petitionen von Vereinen und Privaten bitten um Abänderung der Gewerbeordnung, Einführung obligatorischer Innungen, Einführung der Gesellen- u. Meisterprüfung, obligatorischer Arbeiter-Legitimationen, principieller Trennung des Gesetzes für Fabrikbetrieb von dem für Handwerk und Kleinbetrieb etc. Andere verlangen Aufhebung des Impfwanges, Einschränkung der Dividenden, Ablehnung des Reichsstempel-Abgabengesetzes, Abänderung des Gerichtskostengesetzes etc. Abg. Baumgarten hat, wahrscheinlich als Gegengewicht gegen die vielen aus Mecklenburg eingegangenen Petitionen um Abänderung des Civilstandsgesetzes, zwei Petitionen eingebracht, dahin zu wirken, daß das Civilstandsgesetz in Schutz genommen und aufrecht erhalten werde. Ein Herr David zu Breslau und ein Herr Nielsen in Hamburg haben eine Petition gegen die Buchervorlage eingebracht. Zwei Petitionen blieben der Commission unverständlich.

Preußen. Nach einer Bekanntmachung der Oberpostdirection werden in Berlin vom 25. d. M. an die an Sonntagen mit den Eisenbahnzügen aus Köln (über Hannover) 7 10 B., aus Aachen (über Holzwinden) 7 42 B. und aus Frankfurt bez. Leipzig 7 45 B. eingehenden gewöhnlichen Briefe, Postkarten und Streifen, welche mit den Bezirksbuchstaben Z. B. C. W. bezeichnet sind, zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags zur Bestellung kommen. Briefe, welche mit der Bezeichnung: „durch Eilboten“ oder „durch Rohrpost zu bestellen“ versehen sind, werden auch Sonntags sogleich nach der Ankunft den Empfängern zugestellt werden. — Aus Posen, 20. d., wird verschiedenen Blättern gemeldet: „Nach den bisherigen Ermittlungen ist bei der gestern stattgehabten Erziehung eines Reichstags-Abgeordneten für den Frankfurter Wahlkreis die Wahl des Unterstaatssekretärs v. Puttkamer in Straßburg (liberal) gegen den Redacteur Cremer (Centrum) mit einer Majorität von mehreren hundert Stimmen gesichert.“ — Der Reichstagsabgeordnete Dr. Weigel richtet an die Redaction der „Hess. Morgenzeitung“ ein Schreiben, in welchem er mittheilt, daß er sich anlässlich des Gerüchtes über die Aufhebung des Kasseler Oberlandesgerichts zum Justizminister Dr. Friebberg begeben und von diesem die Versicherung erhalten habe, daß die fragliche Meldung vollständig aus der Luft gegriffen sei.

Württemberg. Ihre Majestäten der König und die Königin haben sich zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Bebenhausen begeben.

Sachsen. Die März-Einnahmen der sächsischen Staatsbahnen haben ein bedeutendes Mehr gegen das Vorjahr erbracht. Man beziffert diese Mehreinnahme auf eine halbe Million Mark, zu welchem so-

wohl der Personen, wie der Güterverkehr seinen Antheil lieferte. Die Mehreinnahme des Jahresviertels würde nunmehr in runder Summe eine Million Mark betragen.

Schweiz. Im Stabio-Prozess hat endlich das Zeugenvorhör mit dem 276. Zeugen seinen definitiven Abschluß gefunden; heute wird die Staatsanwaltschaft die Anklage beginnen.

Oesterreich. Im Abgeordnetenhause dauern die Budget-Debatten fort. Die Landtage werden bestimmt im Mai zusammentreten. Der genaue Termin ist allerdings noch nicht bestimmt und hängt von den rascheren oder langsameren Fortschritten der Budgetdebatten ab. Zur Abwechslung wird auch wieder einmal eine neue Ministercombination aufgestellt. Wie nämlich dem „Prager Tagblatt“ aus Wien gemeldet wird, „wird in hochconservativen Kreisen, welche Führung mit den maßgebenden Kreisen haben, ein Kabinet Mannfeld-Preiß als wahrscheinlich bezeichnet. In höchsten Kreisen sei man über das Intriguenspiel des Grafen Heinrich Lam gegen Taaffe aufs Außerste indignirt.“ Es verlaute, Taaffe werde im Herrenhause erklären, auf den Dispositionsfonds zu verzichten. Mehrere kleineren Blättern soll die Dotation aus dem Dispositionsfonds bereits gekündigt sein. — Consulatsberichte aus Skutori bestätigen, daß die albanesischen Hauptlinge beschlossen haben, die Ausführung der Gattinjenconvention gewaltsam zu verhindern.

Türkei. Der Mörder des Großschaters von Meffa ist zum Tode verurtheilt.

Australien. In Gegenwart des Gouverneurs von Neu-Süd-Wales, der Minister, Richter und Mitglieder beider Häuser des Parlaments und einer großen Volksmenge ist die Ausstellung in Sidney am 20. d. M. in formeller Weise geschlossen worden. Es sind 700 Preise ausgetheilt worden, davon eine große Zahl an deutsche Aussteller.

Deutscher Reichstag.

F.Z. Berlin, 22. April.

Fortsetzung der zweiten Lesung des Wuchergesetzes bei § 3. v. K e i s e r wendet sich gegen Kasler's Anträge, welche dahin gehen, daß dritte Personen, welche wucherische Forderungen erworben haben, gegen die civilrechtlichen Folgen des Wuchers sichergestellt werden. K a s l e r hebt hervor: der Artikel 3 in der Commissionsfassung trage der allgemein herrschenden Erbitterung gegen den Wucher mehr Rechnung als der ruhigen juristischen Ueberlegung. Dasselbe gelte von den Ausführungen des Staatssekretärs v. Schelling in der letzten Sitzung. Durch die Bestimmungen des Artikels 3 würde eine ganze Reihe rechtlicher Geschäfte vernichtet werden, um den Wucher zu treffen. Dies zu verhindern, bezwecken seine Anträge. Regierungs-Commissar H a g e n s widerlegt Kasler's Einwendungen. R e i c h e n s p e r g e r empfiehlt seinen Antrag, wonach das Recht der Rückforderung nach Ablauf von fünf Jahren (anstatt drei Jahren, wie Kasler will) verjährten soll. W o l f f s o n bittet, den § 3 an die Commission zurückzuweisen, weil die wichtige Frage nicht genügend geklärt sei. — Die Discussion wird geschlossen. — Nach dem Schlußworte des Referenten v. M a r c h a l l wird § 3 nach der Commissionsvorlage mit dem Antrage Reichensperger angenommen. — Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt für 1875 wird der Rechnungscommission überwiesen. — Zur Nachweisung über den Stand der französischen Kriegskostenentschädigung wird Decharge ertheilt, ebenso zu einem Berichte der Reichsschuldencommission. — Es folgt nunmehr die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Unterstützung der deutschen Seehandels-Gesellschaft. Reichschatzsekretär S c h o l z hebt hervor, die vorliegende Frage sei theils in sehr mißgunstiger, theils in sehr oberflächlicher Weise von der politischen Parteipresse beurtheilt worden. Die Pflege des deutschen Seehandels sei die Pflicht der Reichsregierung. Diefelbe wende zu diesem Zwecke jährlich bedeutende Summen auf. Der Südseehandel habe eine genügend große Bedeutung, um die Fürsorge der Regierung auch diesem zuzuwenden. Es handle sich nicht um ein neues Unternehmen, sondern um die Abwehr eines dem deutschen Handel drohenden Verlustes. Die Godeffroy'schen Unternehmungen seien die Stützpunkte der deutschen Handelspolitik in der Südsee, um so mehr, als dieselben sonst in ausländischen Besitz übergehen würden. Die Frage der Reichs-Subvention könne daher kaum anders als bejahend ausfallen. Er hoffe, daß die in der Vorlage in Aussicht genommene Art und Weise der Subvention die Zustimmung des Reichstages finde. Fürst H o h e n l o h e - L a n g e n b u r g ist im Allgemeinen nicht der Ansicht, daß das Reich industrielle Unternehmungen unterstützen solle. Der vorliegende Fall sei aber ein anderer. Es handle sich hierbei um große handelspolitische Fragen. Der deutsche Handel prävalire in der Südsee und würde es eine politische Unklugheit sein, diese Stellung aufzugeben. Die Rentabilität des Unternehmens und die Culturfähigkeit der Inseln könne nach den der Regierung vorliegenden Berichten kaum bezweifelt werden. V a m b e r g e r erklärt: Wenn die Reichsregierung über die genaue Lage der Dinge betreffs der Samoa-Inseln unterrichtet wäre, wie sie es sein sollte, so würde sie sich gehütet haben, dem Reichstage diese Vorlage zu machen. Das System der vorgeschlagenen Staatsunterstützung sei ihm an sich sympathisch; die Rentabilität der Plantagen der Handelsgesellschaft sei aber so zweifelhaft, daß dieselbe zu einer Staatssubvention nicht geeignet sei. Redner gibt sodann einen Ueberblick über die Handelsthätigkeit des

Hauses Godeffroy und die Lage des Unternehmens und weist den Mangel an Rentabilität nach. Bundescommissar v. n K u s s e r o w erklärt, daß er mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde und die inzwischen eingegangenen Schlußanträge erst in der nächsten Sitzung die einzelnen Behauptungen Bamberger's widerlegen wolle. Er bezeichne aber schon jetzt einige Punkte für unzutreffend. Es folgen einige scharfe persönliche Bemerkungen zwischen Bamberger und von Kuserow. Nächste Sitzung morgen.

Vermischte Nachrichten.

* **Frankfurt a. M., 19. April.** Bei Niederrodewach, einer Station der Frankfurt-Debraer Eisenbahn, ließ sich ein 60jähriger Mann vom Zuge überfahren. In einem Abschiedsbriefe an seine Angehörigen schrieb er, ein Wucherer habe ihn in einem Jahre um seine ganze Habe gebracht: die Kühe im Stall, Haus und Hof, die letzte Pfanne auf dem Dach, alles gehöre dem Juden. Der Wucherer habe schon Subhastation beantragt, darum suche er den Tod. Die Erbitterung in der Bevölkerung gegen den Wucherer ist sehr groß. Fast in keiner Provinz, Posen und einige Theile Schlesiens ausgenommen, hat der Wucherer so viele Opfer gefordert, als in Hessen. Wegen der ausgebreiteten Staatsforsten ist an vielen Orten der Privat-Grundbesitz beschränkt und die ackerbau-treibende Bevölkerung arm, und gerade eine nothleidende Bevölkerung ist erfahrungsgemäß das ergiebige Material für den herzlosen Wucher. Gerade in dem letzten Jahre, schreibt man der „Köln. Volkszeitung“, haben die Wucherer mit der größten Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit gearbeitet, wie mir das von Juristen bestätigt wurde, welche zugleich den Wunsch aussprechen, es möge den neuen Gesetzen über das Verbot des Wuchers auf ein Jahr rückwirkende Kraft gegeben werden. Die Wucherer bestehen jetzt rückwärtslos auf ihrem Schein, und es ist vorgekommen, daß einer derselben ausgeschämt genug war, Vergleichs-Verhandlungen und ein Anerbieten von 30 Prozent Nutzen abzulehnen mit der Motivirung: er müsse das Geschäft machen, so lange es gesetzlich stattfindet sei.

* **Hamburg, 21. April.** Der Inhaber einer Weinhandlung und Wirthschaft in St. Pauli ist bei der Polizei in Altona um die Erlaubnis eingekommen, Schein-Stiergefächte arrangiren zu dürfen. In dem Gesuch ist ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich bei diesen Schein-Stiergefächten nur um ein Schauspiel der Gewandtheit und Geschicklichkeit von Menschen, nicht um Grausamkeiten, wie bei den wirklichen Stiergefächten, handeln soll. Um diesen Schauspielen die Gefährlichkeit zu nehmen, sollen den Stieren Kugeln auf die Hörner geschraubt, den „Pitabores“ auch nur Lanzenspitzen gestattet werden. Für die Erbauung einer festen, sicheren Arena will der Unternehmer Sorge tragen und sich überhaupt den baupolizeilichen Anordnungen dabei vollständig unterwerfen. Im Falle der Gewährung des Gesuchs sollen die Schein-Stiergefächte noch in diesem Sommer stattfinden, und zwar mit wirklichen spanischen Stierkämpfern, welche dazu ihre spanischen Stiere mitbringen und in ihnen bei solchen Kämpfen üblichen kostbaren Nationalkostümen erscheinen werden. Die Antwort wird sich der Mann hoffentlich schon bei Einreichung seines Gesuches gedacht haben.

* **Paris, 21. April.** Der todtgesagte Kapitän Boyton schreibt dem „Figaro“ aus Charleston (Süd-Carolina), daß er noch lebe und sich einer ausgezeichneten Gesundheit erfreue.

* **Neapel, 19. April.** Die Drahtseilbahn auf den Berg Vesuvius, die am 1. Mai dem Verkehr übergeben werden soll, ist bereits versuchsweise befahren worden. Mit ihrer Benützung wird eine Fahrt auf den Berg Vesuvius aus auf 15 bis 20 Lire zu stehen kommen. Man fährt dann von Neapel aus auf der Eisenbahn nach Resina, von da auf einer Straße nach der 600 Meter hoch gelegenen Vesuvius-Marte; von da fährt jetzt eine ebenfalls fahrbare Straße 3 1/2 Kilometer weit nach dem unteren Stationshause der Drahtseilbahn, welche 800 Meter am Berg Vesuvius emporführt und 200 Meter von der Krateröffnung entfernt endigt. Die Fahrt auf dieser Drahtseilbahn wird fünf bis acht Minuten dauern.

* **St. Petersburg, 21. April.** Auf Befehl des russischen Unterrichtsministers müssen, wie das Petersburger „Nowoje Wremia“ meldet, sämtliche Studenten der medicinischen Akademien in Russland Uniformen tragen, und zwar: Einen blauen Rock mit Sammfalten und zwei Reihen weißer Knöpfe mit dem kaiserlichen Adler, einen blauen Mantel mit einer breiten Schnalle, ähnlich wie bei den Marine-Offizieren, eine breite Kappe mit einer Sammeinfassung und einer Kokarde, und Stiefel mit Sporen. Im Winter müssen graue Mäntel getragen werden.

Baden.

* **Karlsruhe, 23. April.** Seine königliche Hofeitte der Großherzog haben sich unter dem 16. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Privatmann A. G a l d e n w a n g in Baden das Ritterkreuz zweiter Klasse höchstehendes Ordens vom Bayerischen Löwen zu verleihen.

* **Karlsruhe, 22. April.** Seine königliche Hoheit der Großherzog ist heute Vormittag nach Jagdhaus Kaltenbrunn zum Besuch der Auerhahnjagd abgereist. — Hauptmann Sommer, militärischer Begleiter des Großherzogs, tritt Ende dieses Monats einen monatlichen Urlaub an. Auf Wunsch Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs hat Seine Majestät der Kaiser den Premierlieutenant v. Renz vom Garde-Feldartillerie-Regiment zum Ordonanzoffizier des Großherzogs befehligt.

* **Karlsruhe, 21. April.** Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gestern u. A. die nachbenannten Herren des Militär- und Civilstandes empfangen: den Major Rayle vom westphälischen Füsilier-Regiment Nr. 37; den Major Normann à la suite des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 15; den Major v. Winning vom 1. badiſchen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; den Major Wetzel vom Fußartillerie-Regiment Nr. 15; die Premierlieutenants Jägerſchmidt à la suite des 1. badiſchen Feldartillerie-Regiments Nr. 14, Druckerbrodt vom badiſchen Pionier-Bataillon Nr. 14, Rummel und Haas von demselben Bataillon; den Premierlieutenant a. D. Grabert, den Premierlieutenant von Homberg vom 1. oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22; die Secondelieutenants: Brauns, Wurster, Süchtling vom badiſchen Pionier-Bataillon Nr. 14; den Secondelieutenant der Landwehr Coulain von der 14. Artillerie-Brigade; den Secondelieutenant Kohmann von der Reserve des 1. badiſchen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109. Ferner: den Obermedicinalrath Dr. Volz von hier, den Professor Dr. v. Duhn von Heidelberg. Als Vorstand des badiſchen Kennvereins: den Generalleutenant Frhrn. v. Willifen, den Kaufmann Jörger und den Rentier Scipio von Mannheim; den Hofkanzlisten Mezler, den Expeditor Kramer, den Oberſchulrath Blaß, den Hofgarten-Affistenten Krabener von hier, den Amtsrichter Gerner von Konſtanz, den Professor Unſer von Eppingen, den Professor Diez von Bruchſal, den Reviſor Wittmann und den Registrator Blum bei dem evangelischen Oberkirchenrath. Die Audienz währte bis 3 Uhr Nachmittags.

* **Karlsruhe, 23. April.** Sie ist gründlich verschmüpt die „Landeszeitung“, und ihre Expectoration in Nr. 93 2. Bl. ein eheriternd Symptom bitterböser Laune. Freilich die Zeiten sind darnach in dem einst so gepriesenen Muster: aat. „Die Wetterwolken ziehen pechschwarz auf, immer kühner erhebt die Reaction ihr brauend Haupt, die Uhuß der Finsterniß, die Unken der Versumpfung krächzen unheimliche Reizen“ und auf bäumt sich das nationalliberale Gemüth, gedenkt es der schönen Tage, da es eine Luft war zu leben, nicht nur „im“, sondern auch „vom“ Culturkampf. Unglaubliches ist geschehen: Amtsrichter Laud (ultramontan) zum Oberamtsrichter befördert! zwar ist der Mann seit 1869 Referendar, seit 1874 Amtsrichter, seine Ranggenossen größtentheils schon längst avancirt, der gleichzeitig mit ihm beförderte (nicht ultramontane) 1873er Referendar, 1876er Amtsrichter; doch was thut? Ein Ultramontaner gehört gar nicht befördert, eine Regierung die anders handelt, ist nicht mehr wahrhaft liberal, ist im Bund mit finstern Mächten. Noch mehr! Der ultramontane Kreisgerichtsrath a. D. Baumstark auf die „Ägherner Obervogtei“ reaktivirt. Vor kurzem noch — anlässlich seiner Landtagscandidatur — von der „Landesztg.“ begehrt, daß er schon in Ruhestande, da es Pflicht sei, so lange wie möglich seine Kräfte dem Staate zu widmen, erregt er nun abermals ihre Galle, da er sich reaktiviren läßt und sogar auf einen geringeren Posten, als er nach seiner früheren Stellung und seiner unbestritten hervorragenden juristischen Befähigung beanspruchen könnte. Wahrlich es ist schwer, Mensch zu sein und jener schwäbische Bauer, der vom Wirthshaus heimkehrend sein Weib prügelt, es mag seinen Gut aufgeben oder nicht, ist gewiß der Better eines gewissen Journalisten. Komisch wirkt auch das Plaidoyer für Begnadigung der „Freiburger Zeitung“, deren Mißgeschick zumeist der parlamentarische Glosator der „Landeszeitung“ verschuldet. Diese verrät aber wenig Parteilichkeit gegen die Collegin, wenn sie ihr, die ja wie alle „liberalen“ Blätter für die höchsten sittlichen Güter kämpft und opferwillig für die gute Sache sein muß, zumuthet, den prinzipienfesten Nacken zu beugen und Gnade anzunehmen von einer Regierung, welche ein Konkordate geschlossen und täglich mehr ins Fahrwasser der Reaction einlenkt. Oder sollten, wie die böse Welt sagt, liberale Mannesseele zu Mollusken werden, wenn es sich um irdische Güter, um klingende Münze handelt? non olet? Der fragliche Artikel der Base, so albern er ist, verdient doch festgenagelt zu werden; ist er ja mit seinem „Scandal um jeden Preis“ geradezu typisch und illustrirt so recht die „hies sachliche und maßvolle“ Polemik unſerer journalistischen Ehrenbäume.

* **Hastatt, 22. April.** Unser neugewählter Bürgermeister Herr Armbruster hat die Wahl Lebungslos angenommen.

